

# Der Gemeindegewerksarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerksarbeiter  
und Straßenbahner Deutschlands.

erscheint alle 14 Tage.  
Durch die Post bezogen  
vierteljährlich 1,50 M.

Geschäftsstelle: Köln, Ben-  
loerwall 9. Fernspr. A 5538.  
Postfachkonto Köln 18937.

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Nummer 21

Köln, den 16. Oktober 1920

8. Jahrgang

## Sittliche Gebote.

Dem unermesslichen Verdachter wird mit dem Tag deutlich, wie die materielle Not, die wir durch den Krieg und Friedensber-ber durch das Schwinden von Iron und Blaue durch das Zusammenbrechen durch Wucher und Aus- durch hircingeraden sind. die Tatkraft der ennes, den Willen zum Wiederaufstieg munt. Zu dieser materiellen Not kommt noch e Dumpfes Gefühl der Verzweiflung, welches ch in der deutschen Antiradikalen Arbeiter- wist breitmacht.

Der Glaube an eine göttliche Vorsehung, an itliches Geseh, das zwar nicht von heute r morgen, aber auf die Dauer der Berech- mit den Sieg um so sicherer verbringt, ist in nanzmüder Weise ihnen aus dem Herzen ge- ellien. Nur die Gewalt, die Macht wurde enen als der kommende Erlöser von allen rbeitn verheissen. In Russland ist dieser Er- rbeitn entstanden. Die gesamte Macht ging auf t sozialistischen Proletariat" über. Das so- nährliche marxische Staats- und Gesell- schaftsbau hat nun zu bewirken, das es der ne Erlöser sei. Wie hat es seine Aufgabe dis- e erfüllt? Moskau ist Militarismus, Moskau r Krieg in Permanenz, Gewaltpolitik, Anzrei- n, Moskau ist Maulkorb, Diktatur, Terror, oskau ist Blut, die Rechtfertigung jeder dreaktion der Reaktion, die ihr testes in dem eita wirksamsten Instrument der Handgra- e und Maschinengewalt erblickt" jamer die sozialistische Offener Arbeiterzeitung angelt über diesen Erlöser. In einem Auf- an alle Arbeiter, an alle Schaffenden, an alle christlichen Bürger", der russischen Sow- etung heißt es: "Dortmüde, hel- te, angestrenzte Arbeit in die erste Lösung angeblicks. Die arbeitenden Städte und des Landes erliden unter dem Druck d'Unruhs. Die Eisenbahnen liegen laun- der und zerstört, die Städte erliden im e, Epidemien grassieren und der Tod nchts und links. Die Industrie ist rten. Auch auf die alten Vorräte zurück- eihen, ist kein Answeg. Man kann sie nlassen, sie sind vernichtet, sie sind nicht

Man gibt es nur einen Ausweg — die Ar- e. Die Lokomotiven reparieren, die Häuser n den Herd anzuheizen, Maschinen n zu fallen, Getreide in die Stadt führen, nns bauen, — um einen Haart, mühsame n leisten, neue Werke schaffen, das dieser n helfen, — dazu nur liegt die Meinung- des — Tod, Hunger und Pest — zwei- e — an vor unmindebare Gefahr: rwegung der Arbeiter, den Untergang der n können. In der Untergang der Ja- hnen, den Untergang aller Nationen. — e der Mehrheit der Arbeit steht eine hobe n, ein Erbe, eine Erbinne, ein Staat nlichen für jeden, unaufhebbar, mit n haben die Bedingungen für ein e werden Leben schaffen. Das ist n ist die Lösung.

Die allgemeine Arbeitspflicht — das ist unser Schlüssel.

Die Jaren und die Unterdrückten des Volkes haben mit den Anstrengungen von Millionen arbeitender Hände Pyramiden gebaut, Kanäle gegraben, Sümpfe trockengelegt. Sollte die arbeitende Klasse selbst, für sich, in ihrem eigenen Interesse, nun sich selbst vom Untergang zu retten, nicht Wunder tun können? Jeder muß jetzt einsehen: Rettung ist nur in der Arbeit, Arbeit, Arbeit!"

Ob die materialistische, sozialistische Weltanschauung es zugehen will, oder nicht, durch die Not wird sie dazu gezwungen, zu befehlen, nicht der Materialismus, die Macht und die Gewalt wird das Volk vom drohenden Untergang retten, sondern nur die Erfüllung der sittlichen Verpflichtung zur Arbeit. In der Schweige deines Angesichtes sollst du dein Brot verdienen, heißt das christliche Gebot, und heute befehligt eine atheistische bolschewistische Regierung die Nichtarbeit dieses Gebotes. Die ewigen, sittlichen Gebote fordern ihre Beachtung unter Androhung des Unterganges.

Diese harten Tatsachen haben nun eine Ver- merkung in den Reihen der deutschen sozialisti- schen Arbeiter hervorgerufen. Sie sehen zum Teil ein, daß auf diesem Wege die so oft den Massen verheißene Glückseligkeit nicht kommen kann noch wird. Spaltungen und Trennungen in Zellen und Gruppen, von denen eine jede behauptet, daß sie allein die wahre Lehre vom Sozialismus vertritt, sind die notwendige Folge. Mehrheitspartei, Unabhängige, Kom- munisten und andere neue Gruppen sind ent- standen. Vor einiger Zeit feste die sozialistische Rheinische Zeitung in Köln einen Preis aus für denjenigen, der hidentlos nachweist, wieviel sozialistische Parteien es in Deutschland gegen- wärtig gebe und welche Ziele sie verfolgten. Proletariat aller Länder vereinigt euch Selbst- verständlich unter dem materiellen Sozialis- mus. In Hunderte von Zellen und sie heute wieder gespalten. Eine weitere Spaltung steht bevor. Die Unabhängigen sind unter sich einig, weil ein Teil sich den unwürdigen Be- dingungen, die Moskau zur Aufnahme in die kommunistische Internationale gestellt hat, die einer Selbstentwürdigung, einer Aufgabe jedes demokratischen Prinzips gleichkommt, nicht unterwerfen will. Nichts wird unverfälscht ge- lassen, um auch die letzten sozialistischen Er- gannationen, die wenigstens noch äußerlich eine Einheit darstellen, die freien Gewerkschaften, auszuheilen und zu zertrümmern. Was den Gewaltmenschen der brutalen Staatsgewalt an bismarckischer und prekrassischer Zeit nicht ge- lungen ist, das bringt mit Leichtfertigkeit der Wam der Perlen im Ärmel fertig. Und warum, weil die Geize der Gerechtigkeit nicht auf- hält, weil Gewalt und Macht an dessen Stell- vertretlich wurde. Prochud man sich heute in urwenden, wenn die beherrschten sind die nimmeln auf die linke Partei, auf die rechten Reganaltationen einzuwirken, ihren Frieden ab- bedingen. Prochud man sich zu umwenden wenn Seite, die so oft ihre sterben zum Fortre- n und der enderentend, die ganze Arbeit

angehörnt haben, nun selbst von ihren Geleh- rigen Schülern nach den gepredigten Grund- sätzen behandelt werden. Eigenartig nimmt sich das Gekämmer der mehrheitslosen demo- kratischen Partei- und Gewerkschaftspresse aus über den Hinauswurf von ihren Anhängern aus den führenden Stellen durch die Unab- hängigen. Wenn es christliche Arbeiter sind, die aus Brot und Arbeit geworfen werden, findet man noch heute vielfach an den nämlichen Stellen eine Entschuldigung hierfür, die von den betreffenden Genossen richtig verstanden, als eine Aufforderung zur Wiederholung auf- gefaßt wird.

In diesen Erscheinungen zeigt sich ein Man- gel an sittlicher Stärke, eine Folge der mate- rialistischen Weltanschauung, die niemals ein Volk zur höheren Kultur und wirtschaftlichen Blüte bringen kann.

Genau wie der materialistische Kapitalis- mus, der auch im Besitz und der Macht sein Recht sucht und daran zusammenbrechen wird, genau so wird auch eine Arbeiterbewegung sich mit diesen Grundfragen auseinandersetzen. Die ewigen christlichen sittlichen Gebote lassen ihrer nicht ungeachtet spotten.

Eine Tatsache, die tagtäglich erneut bewiesen wird. Dieses gibt uns als christlichen Gewerks- chaftler die Gewisheit, daß trotz allen Ge- schehens doch in letzter Linie die Bewegung sich behaupten wird, die nicht gegründet ist auf rein materielle Macht sondern auf der Grundlage jener Weltanschauung, die Recht und Gerechtig- keit als oberstes Gesetz anerkennt.

Diese Überzeugung muß uns den Mut ge- ben, immer und immer wieder für sie einzutret- ten. Mögen auch Berge von Dürrenissen vor uns liegen. Sie werden überwunden. Wir kommen zum Ziel.

Tros Alledem.

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1919.

Sich Rechenhaft von Deiner Verwaltung, für die einzelnen Verbände sind ja in erster Linie die Verbandstage berufen, diese Rechenschaft zu geben. Aber auch eine Gesamtbewegungs- wie es die christlichen Gewerkschaften sind, ist Rechenschaft schuldig. Hier nur den Verantwortlichen gegenüber. Bei der Bewertung, die heute die Gewerkschaften im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands haben, bei dem Anspruch, den sie stellen, in der volkswirt- schaftlichen und politischen Zukunft der Nation wirksam sein zu wollen, kann auch die Rechenschaft Verpflichtung über ihr Wesen und Tun verlagert.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christ- lichen Gewerkschaften Deutschlands hat in einem Brief vom 27. September 1920 an die Zentral- raten der christlichen Gewerkschaften und der christlichen Arbeitervereine geschrieben. Die Briefe sind im Laufe des Jahres 1920, 21 gibt den Sachverhalt der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1919 wieder. Die Briefe sind im Laufe des Jahres 1920, 21

**Gewerkschaftler hat, geht wir denselben in der Hauptsache auch an dieser Stelle wieder:**

Der starke Mitgliederzuwachs und die ängere Machtentfaltung der Gewerkschaften können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß das Jahr 1919 für die Gewerkschaftsbewegung ein derjenigen Jahre seiner Entwicklung war. Die gefundenen Grundzüge des gewerkschaftlichen Schaffens standen in der Feuerprobe ihrer Bewahrung und Behauptung.

In der Vorkriegszeit spielte die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen fast stillen, keineswegs sprechhaften Aufstieg. Sie war das Sammelbecken für alle strebenden Elemente in der Arbeiterschaft, die in der enddauernden Entwicklung auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände das beste Mittel zur Verwirklichung ihrer Ziele sahen. Für Utopiker und Anhänger der sog. direkten Aktion bot die deutsche Gewerkschaftsbewegung kein Verfalligkeitsfeld. Wenn das mit der Revolution anders wurde und Elemente der verschiedensten Art die Lebenswege der gewerkschaftlichen Arbeit befähigt waren, in die Bewegung hineinzudringen, so liegt das in den Zeitverhältnissen begründet. Immer wieder es das Vertrauen der Menschen sein, einen sichtbaren Ausdruck für ihre Bestrebungen, einen erkennbaren Sammelplatz der Gleichgesinnten zu haben. Nichts lag näher, nachdem die Massen durch die Revolution in den Besitz der Macht gelangt, daß diejenige Organisationsform als Sammelplatz anerkannt wurde, die bis dahin das Vertrauen der Arbeiterschaft besaßen — die Gewerkschaft. Die Verbreitung der Gewerkschaftsbewegung bis in die kleinsten Orte, die gute Funktion ihres Organisations- und Agitationsapparates waren ein weiterer Grund für ihre Aufstiehkraft. Die schnelle Sammlung der verschiedensten Elemente ohne gewerkschaftliche Willen, ohne Erziehung zur Disziplin, schließlich dem Ganzen lebend, war der erworbenen Macht zum eigenen Nutzen zu gebrauchen zu machen, bedeutete für die Gewerkschaftsbewegung die härteste Belastungsprobe. Wo bis dahin gewerkschaftliche Entschlossenheit und Umsicht geherrscht, Unterordnung unter die Bedürfnisse der Gesamtheit ein Lebensgesetz war, entstand jetzt ein Herd ungezügelter Leidenschaft. Die Gewerkschaftsbewegung wurde zum Urmittelplatz von Elementen, denen wertvolle auf dem Boden der Einigkeit erwachsene Solidarität, der Gedanke des Massenbewusstseins, wünschenswerte Begiffe waren, die sich nur Mühseligkeit in einer Gewerkschaft nicht aufschwingen konnten, als noch persönlich härtere Opfer damit verbunden waren.

Bedarf es einer besonderen Erwähnung, daß viele der im Verichtslehr am Austria gedachten Kämpfe ein Echo auf die Gewerkschaftsgrundzüge waren? Das war kein organisiertes Vorgehen disziplinierter Arbeitermassen, sondern gewerkschaftliche Anarchie! Dienen mußte die Gewerkschaftsbewegung vielen Zwecken: politischen, Planen; selbsttätigen Plänen einzelner und einzelner Gruppen. Die Arbeitskämpfe in den verschiedensten Bergbaugebieten, auf der Eisenbahn usw., waren zum Teil politischen Ursprungs. Das Schlagwort von der Diktatur des Proletariats hatte die Köpfe verblüht. Diktatur des Proletariats, Bewirtlichung des Sozialismus auf dem Wege der direkten Aktion waren das angebliche Ziel der Kämpfe. Mit neuer Verwirrung und neuer Verbitterung fanden sie durchweg ihren Abschluß.

Die christlichen Gewerkschaften können von sich behaupten, daß sie sich in einer freiespielenden von allen Einwirkungen einer fremdgeleiteten Massenszene. Nicht zu verweihen war ihnen, daß die Massen des Handwerks sich sie verhalten, aber so hat, daß sie nur in den letzten Augen der Massen hineingeworfen wurden und es nur ein Ziel aus dem Zweck wieder neuen Boden zu gewinnen.

Die Ursachen der Störung der Ruhe und der verweirtesten Stimmung der Arbeitermassen, liegen nicht nur im verlorenen Kriege und in der Revolution. Man vergegenwärtige sich, daß ein organisches Hindernis der Arbeiterschaft mit ihrer im modernen Arbeitsverhältnis begründeten und durch die privatkapitalistische Wirtschaftsform bedingten Eigenart in das kapitalistische und gesellschaftliche Leben bis gegen den Ausbruch des Krieges nicht möglich war. Alle warnenden Stimmen, auch aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung heraus, blieben bei den herrschenden Gewalten ohne hinreichende Würdigung. Geblendet durch den sabelhaften wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands in den letzten 50 Jahren, war der Gedanke der Fortführung dieser Entwicklung das A und O der für das öffentliche Wohl verantwortlichen Kreise. Außere Machtentfaltung und weitere Steigerung des nationalen Reichtums waren die stärksten Leuchtstrahlen der deutschen Volkseele. Das drückte Größen aus der Tiefe, der Mächtigkeiten der arbeitenden Massen mit ihrem Wohlstand, waren zwar läufig, aber doch nicht ernst genug genommene Dealeterrischungen der wirtschaftlichen Gestaltung. Bei allem Guten der deutschen Sozialpolitik zeigte sich doch zu sehr, daß die Motive, aus denen sie schöpfte, weniger idealer und grundsätzlicher Art waren. Das waren die sozialpolitischen Maßnahmen im wirtschaftlichen anders als Verhüllungsamt für eine erregte Masse. Die nur als Mittel zum Zweck als Mittel zur Erreichung materieller Ziele gewertet wurde! Ein inneres Verständnis für die Lage der lohnarbeitenden Massen, die tiefsten Not, ein empfindlicher Blick, den sogenannten unteren Volksschichten sollte politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Orientierung geben, sie zu bewußten Mitwirkenden eines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens zu machen, nur bei wenigen, die auf die Geschicke Deutschlands einen Einfluß ausübten, fand sich solches. Macht, Wohl und Reichtum des Volkes, um die sich das öffentliche Leben Deutschlands bewegte. Das Leben, Denken und Handeln der meisten Menschen waren des deutschen Volkes, der lohnarbeitenden, blieb ein Problem von untergeordneter Bedeutung. Da kam der Krieg, im westlichen Welt eine Wirkung der rein materiellen Einstellung der Völker, nicht jener des nachgebendsten Teiles des deutschen Volkes. Eine ganze Welt gegen sich, abgegrenzt vom notwendigen Lebensbedarf, konnte Deutschlands Niederlage nicht ausbleiben. Die wirtschaftliche Umwälzung war das Produkt dieser Niederlage und der Enttauschung der Massen über die Führung des Volkes. Die Massen, die Unzufriedenheit im Kriege getrieben, wollten sich von der Verwirrung, die Not und Tod, seelische Verblümmung und politische Entrechtung auf ihrem Schuldbüchlein hatte.

Die Wirtschaftskämpfe des letzten Jahres waren zum großen Teil die Auswirkung eines Grobess, der sich in Jahrzehnten angehäuft und der sich nun in irgend einer Weise Luft machen mußte. War auch die seitherige Gewerkschaftsleistung, allenthalben glaubt man in der verweirtesten Stimmung neue Ansätze zur Wiederherstellung der alten Ordnung zu sehen. Das war die eine Ursache. Die andere lag in der Geistesart der revolutionierenden Massen selbst. Die nationalpolitische Denkwelt war nicht nur das Gut der herrschenden Schichten. Was eine verweirteste Willkürschicht geliebt, war auch das geliebte Eigentum weiterer Arbeiterschaft geworden. Materialistischer Geist war wie dort. Dort, wo man sich in einem rein wirtschaftlichen Kampf, nicht in einem politischen Kampf, dem Mann, dem man sich widersetzen war, der eine soziale, politische Arbeiterschaft, die nur das eine Ideal, die neue Ordnung, hatte, von der die Arbeiter-

gestern zu verbänden war. Dort lebte sich Geist aus in der Form des persönlichen Werbestrebens, ohne Rücksicht auf die Lage derer, hier zeigte er sich in der Form der Solidarität solange, als allen gemeinsam die der Einbeziehung war. Darin, daß der soziale Gedanke bei den sozialistischen Massen von jeher in dem Sinne, als sie in dem Besitz der Freiheit wählten, und selbst ihre Schritte zu bestimmten begarben, zeigt sich nicht politisches Streben und Wollen der Gewerkschaften dieser Solidarität waren, sondern selbstige Ziele nach materiellem Gewinn. Solidarität war hier nicht Ziel und Selbstzweck, sondern nur Mittel zur Verwirklichung der Zwecksetzung.

Die Gewerkschaften standen im Jahre 1919 mitten im Aufwachen und im Wachstum unter dem Einfluß der revolutionären der Massen. Draus wird von Fernstehenden nur zu oft die Forderung gezogen, in den Gewerkschaften verkörperen sich die Interessen der gesamten Nation nach materiellem Besitz, brutale, egoistische, moralisch minderwertigen Individuen. Einer solchen Auffassung entschieden widersprochen werden. Die Gewerkschaften standen immer der Einwirkung äußerer Vorgänge und dem Wollen solcher Kräfte, die sie sich nicht erreichen konnten. Der einflussreiche Teil der Gewerkschaftler war machtlos, sich mit Erfolg den ungewerkschaftlichen Bestrebungen und zivilisierteren Massen entgegenzusetzen. Viel zu sehr hatte aus die Masse des letzten Jahres gestillt, um noch die Kraft zu schöpfen, die einen Gewalt zu widerstehen. Nur langsam ist an ein Erhalten der letzten Kräfte zu denken. Und nur langsam wird vermehrt werden zur Geltung kommen.

Nicht vergessen darf aber auch werden, daß die Werte der Wirtschaftskämpfe nicht abbrechen, bei der wahrhaftigen Präzisierung aller Verhältnisse und Verhältnisse. Die Soldaten und die in ihrer einflussreichen Proletariatum beeinflussenden eroberten Verbänden der Arbeiter der Preisverweigerung und und Hochpreis bestimmten, konnten nur als unabhängiges Organ in der proletarischen Wirtschaft die Bestimmung, die der Bedarf an der Produktion der Wirtschaft zu decken ist, die Werte von Tag zu Tag im Auge, damit der nachhaltigsten Verhältnisse zu strecken können. Das einzige, was dabei zu tun ist, durch die Verweirteilung der Arbeiter, welche Preisverweirteilungen der Arbeiter, das Einkommen des Arbeitnehmers, der Warenhändler des Volkes Glend. Der ein Proffil war das einzige Motiv aller ihrer Tätigkeit. Der Wahrung der rein wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zeigte sich nicht deutlicher als in den Tagen der großen deutschen Not. Die materialistische Gesinnung, die zunächst im Kriege, wiewohl, der nachhaken wurde, von den verweirtesten Teilen des Volkes, durch eine jeden streifen haben Anreiz, dann in dem Wachsenden der nachrevolutionären Zeit, eine ins Graushafte gesteigerte Auswirkung. Ganz recht, wenn man die Arbeiter zur Ordnung ruft, die Verweirteilung, das ganze deutsche Wirtschaftssystem bedrohen. Aber niemals sollte verfallen werden, warum die Arbeiterschaft so weit der Verweirteilung und Verweirteilung so fast wurde. Gerade die Kreise, die der Arbeiterschaft nicht genügend Vorhaltungen machen können in der Beweiserung der Tatsache, die Arbeiterschaft zu größeren Freiheiten langte, die sind die Hauptschuldigen an der Verweirteilung. Das selbstigste Verhalten, das nur „Geschäfte“ macht, und nur die „Wirtschaft“ kennt, das einen selbstverleumdenden Anspruch auf einen anderen und einen selbstigsten, das ist die Ursache, die die Arbeiter, die in der Verweirteilung des Lebens blühen, sich ist, das sich nicht denken darüber macht, in welchem Maße die Welt der Arbeiter, die in der Verweirteilung

Antermaßen von seinen „Gesellen“ ab-  
geht ist, das hat erst an letzter Stelle das  
die Steine auf die rebellische Arbeiterschaft  
gerien. Die wilden Arbeitskämpfe, die  
bewußtseins sind die nur in natür-  
lichen Folgen der wirtschaftlichen Anarchie, die  
in ihrer Form ein unauflösliches Dilemma  
„wegen der Beschäftigungsordnung“ ist. Und  
wäre die Zwangswirtschaft? Was ist nicht mit  
dem ganzen Wesen auf die Profitinteressen  
in Härten und Sünden in Härten

Die christlichen Gewerkschaften haben es als  
vornehmste Aufgabe betrachtet, bei der  
Bewegung in der Arbeiterschaft, der Verwirkli-  
chung zu verhelfen. Aber nicht konnte man  
diesem Verlangen, daß sie dort, wo die Be-  
dürfnisse der Arbeiter die gewerkschaftliche  
Ausschaltung auf die Lohn- und Arbeitsverhält-  
nisse behutsam verhalten, in diesen Dingen  
dem Nationalstaat gegenüber werden müssen,  
die christlichen Gewerkschaften bestmöglich und  
möglichst angehen. Aber dennoch haben sie  
eine hohe und bedeutsame Aufgabe zu  
erfüllen: nur der Sozialstaat kann die Form an-  
nehmen, die weder der Allgemeinheit noch der  
Arbeiterschaft zum Vorteil gerechnet. Man  
wird daher lieber nichts anderes als ohne  
den christlichen Gewerkschaften auszuweichen  
wären. Das Ziel zu gehen und sie in gewerkschaft-  
liche Rahmen zu fassen. Wohl ist keine Zeit  
mehr die Gewerkschaften stellen, wobei als  
„gewerkschaftlich“ und „Gewerkschaft“ tritt sein müssen  
am Besten. Von der gesamten, ver-  
einbarenden Arbeiterschaft, die die Gewerkschaften  
angehören, werden die Gewerkschaften  
abermals nicht, während ihre auf Arbeit-  
er gemacht werden, die Gewerkschaften  
wird. Die Gewerkschaft hat die Zun-  
der Verantwortung zu übernehmen. Galt die  
Verantwortung mit ihrer stets wachsenden  
Verantwortung in das Land, und die Gewerkschaft  
als gleichberechtigten Partner in den Verhandlungen  
zu sein. Und die Gewerkschaften werden  
die Gewerkschaften, die die Gewerkschaften  
auf und zu tragen, werden nicht zu  
erfüllen.

Verhalten von werden, daß es mit die  
Gewerkschaften geschichtlich und wirtschaftlich  
weiter sind, die sich nur rationalen abgeben,  
auf dem Wege der direkten Aktion die Macht  
zu gewinnen wollen. Das wirtschaftliche Dilemma  
erfüllen findet sich jenseit dort, wo eben die  
Gewerkschaften den größten Schwierigkeiten  
gegenüber. Die gewerkschaftlichen Hochburgen der  
eigenen Tätigkeit, die gewerkschaftlichen Unterwerfung  
sind heute die Hauptstützen des National-  
staats. Gewerkschaften sind heute vor-  
wiegend vielleicht wieder geht — so werden hier  
die Gewerkschaften. Bisher haben vornehmlich die  
sozialdemokratischen Gewerkschaften die wichtigste  
Aufgabe, sich mit den radikalen Gewerkschaften  
aufeinander abzugeben. Schwer ist ihre Arbeit  
in der Abwehr gegen die Angriffe, die  
aus den eigenen Reihen heraus, aus den  
Reihen derer, die zunächst erst hiesig zu ihnen  
gehören, zu bestehen haben. Die Spaltung der  
gewerkschaftlichen Sozialdemokratie, die Erkennung  
der Unmöglichkeit der Verwirklichung des so-  
zialistischen Ideals in absehbarer Zeit auf der  
einen Seite, der Ruf nach der Diktatur des  
Proletariats und zur sofortigen Verwirklichung  
des Ideals auf der anderen Seite, erschweren  
die gewerkschaftliche Arbeit ungemein. Der  
Kampf der beiden Gruppen wird sich nicht  
noch ist nicht absehbar, was auf die Dauer  
die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung  
zu Stande behält. Ein Teil der, freien Ge-  
werkschaftsorganisationen sind ein höherer Grad  
der Unabhängigen; andere große Organisa-  
tionen stehen dem der Zeit wegen erschweren  
die gewerkschaftlichen noch immer die Leitung der  
Gewerkschaften. Wie lange aber deren Herr-  
schaft noch wehren wird — wer weiß es?

Unter solchen Verhältnissen ist es recht wohl  
verständlich, wenn rechtssozialistische Führer der  
freien Gewerkschaften zur Sicherung ihrer Herr-  
schaft zu Mitteln greifen, die mit einer ethi-  
schen Demokratie nicht vereinbar sind. In den  
Tagen des Kapp-Putsches konnte so nicht mit  
Unrecht der Gedanke aufkommen, die Gewerk-  
schaften hätten sich als die Diktatoren des ganzen  
öffentlichen Lebens. Verschiedentlich hat  
man gar einen grundsätzlichen Wechsel der ge-  
werkschaftlichen Auffassung aus neuen Begeben-  
heiten heraus an anderen Gelegenheiten heraus-  
zubringen sich bemüht. Kapp liegt aber  
doch wohl die Annahme, daß es sich um Irrtüm-  
gen vorübergehender Art handelt, die aus den  
schweren inneren Kämpfen erwachsen, in die  
die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung  
hineingezogen ist.

Ebenso die Wogen der Zeitereignisse die  
christlichen Gewerkschaften nicht unberührt  
ließen, so bleibt doch festzustellen, daß sie ihren  
Grundsätzen treu blieben und ihre innere Ge-  
schlossenheit keinen Schaden erlitten. Mitglied  
einer christlichen Gewerkschaft wird immer im  
wesentlichen nur werden, wer mit seiner ganzen  
Persönlichkeit nach dorthin geht. Eine bestimmte  
Ueberzeugung und ein gewisser Mut, diese  
Ueberzeugung auch dann zu bekennen, wenn die  
Mehrheit in anderen Rahmen verläuft, sind  
für jeden christlichen Gewerkschaftler erforder-  
lich. Davon besteht die Stärke unserer Bewe-  
gung und ihr Einsatz der ohne Zweifel oft-  
mals erheblicher ist, wie er der Mitglieds-  
schaft entsprechen würde. So hat die christlichen  
Gewerkschaften sehr ein sprechendes Beispiel  
für die Majorität ihrer Auffassung, daß Geist  
und Gemüthe im Kampf um die Ueberzeugung  
des Christlichen bei Vorrang gebührt. Inner-  
halb steht die christliche Gewerkschaftsbewegung  
von allen Gewerkschaftsbewegungen die schärfste  
am gefestigtesten da. Die Ueberzeugung, daß  
die Auffassung ihrer Mitglieder, daß die  
Bewegung zum Beispiel, daß die  
Gewerkschaften machen. Unmittelbar berichte in  
allen großen Fragen. Und in denen, die mit  
unmittelbar mit den gewerkschaftlichen Auf-  
gaben in Verbindung stehen. Die nationale  
Auffassung der christlichen Gewerkschaften  
führt sie zur schärferen Verteidigung der Rechts-  
einheit. Die demokratische Auffassung sich in  
den Boden der Verfassung setzen, als diese  
durch Kapp und Kappeler bedroht war. Die  
christlich-sozialistische Auffassung sieht sie das rechtliche  
Vollkommenheit vermissende Treiben vieler Ar-  
beiterhänden bereinigen und aus den Ar-  
beitsgebern Verantwortlich widerfahren zu lassen,  
die in der Arbeitsgemeinschaft zur praktischen  
Anerkennung der Gleichberechtigung der Ar-  
beiter und zur Verwirklichung des Wirtschafts-  
lebens bereit sind.

Das christliche Bemühen der christlichen Ge-  
werkschaftsbewegung, der Sache der Arbeiter zu  
dienen, ließ sie mit den anderen Gewerkschafts-  
richtungen Hand in Hand arbeiten, wo immer  
dieses mit unter Wahrung der eigenen Grund-  
sätze möglich war. So schärft sich auch der  
Terror blindwütiger Eiferer gehend machte,  
das Verhältnis der einzelnen Gewerkschafts-  
richtungen zueinander ist eher besser denn  
schlechter geworden. Die gemeinsame Erklä-  
rung über die Beurteilung des Terrors mag  
als ein Beweis dafür gelten. In der Zu-  
kunft wird die christliche Gewerkschaftsbewegung  
nicht notwendiger erscheint als in der Ver-  
gangenheit, wird auch zum guten Teil der Ge-  
samtanständigkeit der Arbeiter für die Rechte der  
Arbeit liegen.

### Die Not der Straßenbahnen.

In der letzten Nummer der Deutschen  
Straßen- und Kleinbahnzeitung finden wir  
unter obiger Ueberschrift einen Artikel, der sich  
in ausführlicher Weise mit den finanziellen

Schwierigkeiten der Straßenbahnen ausein-  
zusetzen versucht. In recht vortheilhafter  
Weise sieht er ab von dem sonstigen Gepökel  
der Unternehmung, das die Löhne der festigen  
Zahlungsgewinn nur in der Erfüllung der so-  
zialen Verpflichtungen gegenüber dem Personal  
erblickt. Bewußt hat die Erhöhung der Löhne,  
die Vorfahrung der Dienstzeit hierzu beigetra-  
gen. Denn aber nimmermehr dieses als eine not-  
wendige Folge der heutigen wirtschaftlichen  
Verhältnisse oder auch nur als eine gegebene Tat-  
sache hingenommen wird, wo der man sich an-  
scheiden muß, so ist dieses ein erfreulicher Fort-  
schritt.

Nach unserer Auffassung urteilt der Ver-  
fasser recht optimistisch, wenn er schreibt: „Im  
übrigen scheint gerade bei den Straßenbahnbe-  
trieben die Hoffnung auf Betriebsgesundheit  
auf einem Grund zu stehen. Die Material-  
steuerung mag demnach zum Stillstand kom-  
men oder sie sich selbst in dem Sinne einen Aus-  
druck finden, daß die Preise der einen Stoffe  
noch ansteigen, die anderen zurückgehen.“ Diese  
Annahme kann man sich. Sobald der drin-  
gendste Bedarf der während des Krieges aus-  
gehungerten Volkswirtschaft gedeckt sein wird,  
wird eine gewisse Senkung der Materialpreise,  
auf Grund der abfallenden Nachfrage, auf  
Kosten des bläher recht übrigen Unternehmers  
gemeinsam, möglich sein. Weiter heißt es: „Die  
Steigerung der Personalaufwendungen scheint  
trotzdem noch nicht am Ende zu sein. In wirt-  
schaftlich nötigen Mehrforderungen wird, wenn  
der Abbau der Lebensmittelpreise bleibt, kaum  
noch Anlaß sein.“ Der erste Satz trifft zu, weil  
der Abbau am letzten Annahme beruht. Der  
Abbau der Lebensmittelpreise hat, kaum be-  
ginnen, schon wieder sich ins Gegenteil ver-  
kehrt. Die Preise für die notwendigen Be-  
dienstoffe, wie Brot, Kartoffeln, Fett usw.  
steigern sich zu schwindelnder Höhe hinauf.  
Aber kaum von einem merklichen Abbau der  
Preise für die sonstigen Lebensbedürfnisse, wie  
Kleidung, Haushaltungsmittel, noch nicht  
geredet werden. Bestimmt werden die Aus-  
lagen für Heizung weiter steigen. All diesen  
Dingen muß man Annual gerechnet werden  
und es ist gut, wenn auch in Unternehmers-  
kreisen, wie es der Verfasser tut, damit gerech-  
net und von diesem Gesichtspunkte aus ein di-  
rekt der finanzielle Veranlassung wird.

Nachschärfen des Verkehrs sind die meisten des  
kleinsten Städtebahnen  
und zwar fast alle unter 5 Millionen Länge,  
unter der gegenwärtigen Verhältnissen und für  
absehbare Zeit vollwirtschaftlich ein Verkehrs-  
sugut, dessen Aufrechterhaltung kaum gerech-  
fertigt ist.“ Er begründet diese Annahme mit  
der Unmöglichkeit, die Fahrpreise soweit an-  
steigern, daß sie die Ausgaben decken. Der Zeit-  
gewinn für den Fahrgast von durchschnittlich  
8 bis 10 Minuten steht für die meisten Ein-  
wohner nicht im richtigen Verhältnis zu einem  
Fahrpreis, der in seiner Höhe die Betriebsaus-  
gaben deckt. Die Abwanderung, und damit der  
Einnahmefehl, ist derart stark, daß sie doch  
auf die Dauer nicht zu halten sind. Besser so-  
fortiger Schluss, als wie ein langsam aber  
bestimmtes Absterben. Gewissenhaft ist aber  
zu prüfen, ob nicht der Betrieb in der aller-  
einfachsten Weise aufrechtzuerhalten ist und die  
Luxustakte zu einer vollwirtschaftlich nötigen  
und rentablen Bahn ausgebaut werden kann.  
Eines nach einem benachbarten Industrieort  
und durch Ausführung der Bahnbauten als  
Nostandarbeit.

Wanniger liegen die Verhältnisse bei den  
kleinen Straßenbahnen.  
Die Kosten der Tarifverhandlungen sind nicht so  
hoch. Sparsame Betriebsführung, Ausbau des  
Bahnnetzes in vollwirtschaftlich zweckmäßiger  
Weise läßt die Hoffnung auf Bekämpfung be-  
gründet erscheinen. Wenn auch nicht ausdrück-  
lich hervorgehoben, so läßt sich doch die Ver-  
ringung deutlich herausheben bei geplanten Tar-  
ifveränderungen die Folgen zu bedenken.





Unsere Verbandsleitung hatte schon am Freitag den Herrn Oberbürgermeister als Vermittler angerufen, was am Montag nochmals wiederholt wurde. An demselben Tage wurden obengenannte und der Führer des Deutschen Transportarbeiterverbandes bei der Regierung vorstellig, um die vorläufige Aufhebung des § 64 der Bau- und Betriebsvorschriften zu erwirken. Jedoch wurde und konnte dem von der Regierung nicht stattgegeben werden.

Inzwischen aber war unseits das Ministerium der öffentlichen Arbeiten ersucht worden, den § 64 der Bau- und Betriebsvorschriften bis zur anderweitigen Regelung außer Kraft zu setzen. Alle sonst unternommenen Versuche, eine Einigung herbeizuführen scheiterten aber vorerst, bis am 23. September folgendes Telegramm einlief:

An den Herrn Regierungspräsidenten zu Aachen.  
Ich ermächtige Sie, der Betriebsleitung zu gestatten, dem Wunsche des Fahrpersonals auf Ablegung der Mühennummer versuchsweise unter der Bedingung zu entsprechen, daß das Personal den Fahrkästen, die die Persönlichkeit eines Betriebsbeamten feststellen wollen, den nach § 63 der Bau- und Betriebsvorschriften mitzuführenden Dienstausweis vorzulegen hat. Weiterer Erfolg folgt.

Minister der öffentlichen Arbeiten.  
Durch diesen Bescheid war der Sieg unser, denn durch denselben war die Ursache des Streites geschwunden und der Grund zur Ablehnung der Verhandlung hinfällig.

Am Samstag, den 25. 9. 20 fand alsdann eine mehrstündige Sitzung an der Regierung bzw. beim Herrn Demobilmachungskommissar statt, in der nachstehender Schiedsspruch gefällt wurde:

Das Personal der Aachener Kleinbahn hat entgegen den Bestimmungen des § 64 der Bau- und Betriebsvorschriften die Mühennummer abgelegt und ist, als die Direktion die Wiederanlegung der Mühennummer forderte, in den Streik getreten, ohne die im Tarif vorgeschriebene Frist eingehalten. Nachdem der Herr Regierungspräsident von der ihm vom Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten eingeräumten Ermächtigung, das Nichttragen der Mühennummer versuchsweise zu gestatten, Gebrauch gemacht und dies der Direktion der Kleinbahn mitgeteilt hat, letztere weiter erklärt hat, daß sie von dem Tragen der Mühennummer unter den vom Herrn Minister gestellten Bedingungen absteht und von der Einziehung der verhängten Geldstrafen Abstand nehmen will, ergeht folgender Schiedsspruch:

1. Die Arbeit ist sofort wieder aufzunehmen.
  2. Beide Parteien haben am Montag, den 27. 9. M. in Tarifverhandlungen einzutreten. Die Verhandlungen sind bis zum 4. Oktober zum Abschluß zu bringen.
  3. Der Fall Jansen wird vor den Schlichtungsausschuß verwiesen, da er mit dem Fall Schroers, zu dessen Ertscheidung der Schlichtungsausschuß angerufen ist, und zu dessen Aufklärung ebdliche Vernehmungen nötig sind, in ursächlichem Zusammenhang steht.
  4. Kündigungen und Entlassungen dürfen ausschließlich dieses Streiks nicht stattfinden.
  5. Dieser Spruch ist für beide Parteien auf Grund ihres Anerkennnisses verbindlich.
- Aachen den 25. September 1920.

Der Regierungspräsident  
als Demobilmachungskommissar.  
Gg. Unterschrift.

In der abends einberufenen Versammlung wurde über den Verlauf der Verhandlung Bericht erstattet und aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen, da jetzt kein Grund zum Weiterstreiken vorliege. Ein diesbezüglicher Antrag fand auch Annahme, worauf die Arbeit am Sonntag den 26. 9. wieder aufgenommen wurde.

### Sur Entscheidung des Demobilmachungskommissars in Sachen des Tarifabschlusses zwischen dem Magistrat und den Kommunalarbeitern Ratibors.

Die schreiende Not, worunter so viele unserer Arbeiter zu leiden hatten, brachte es auch den hiesigen Kommunalarbeitern zum Bewußtsein, daß doch noch nicht alle Ungerechtigkeiten angezogen ihren Lauf nehmen dürften. Im Beginn dieses Jahres schlossen sich darum unsere in drückendster Armut lebenden Kommunalarbeiter größtenteils dem Zentralverband der Straßenbahner und Gemeindegewerkschaften an.

Sie wollten heraus aus den maßlosen Entbehrungen, sie wollten belohnt sein, entsprechend ihrer Arbeit, die so oft mit stammensidertter Verständnislosigkeit beurteilt wurde. Seitens der zuständigen Verbandsleitung wurden nunmehr die vorbereitenden Schritte unternommen. Diesen Vorgehen schlossen sich gleichfalls Vertreter der freien Gewerkschaften und der Politischen Vereinigung an. Di nun folgenden Verhandlungen zwischen dem Magistrat und dem Betriebsrat unter Einziehung der Gewerkschaftsvertreter hätte entgegen können, um letzte Lohnstreitfragen hier in Ratibor nach Maßgabe anderer finanziell ist weniger gut bestellten Städte Oberstaalens zu lösen. Trotz erheblicher Jugendhindernisse der Arbeitervertreter bezüglich der Entlohnung und einiger Paragraphen des Manteltarifs im Verhältnis zu den geltenden Bestimmungen anderer oberstädtischer Kommunen, waren die hiesigen Behörden in den Verhandlungen immer noch transpshast bemüht, möglichst viel von den dringend notwendigen Verbesserungen für unsere Arbeiter herabzusetzen. Sie zögerten denn auch gar mancherlei Begehrenheiten, die wenig geeignet waren, das Vertrauen unserer Arbeiter zu ihren Verwaltungen zu stärken und die Arbeitslust zu fördern.

Radikalität dieser Verweise dafür war wohl der wilde Streik der Straßentehrer und eines weiteren Teiles der Kommunalarbeiter. Dem Eingreifen der Gewerkschaftsvertreter war es dann nur zu danken, daß die Wiederaufnahme der Arbeit schnellstens erfolgte, zumal man ja mit einer gewissen Berechtigung hätte annehmen können, daß der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung darnach die berechtigten Forderungen bewilligen würden. Die Ablehnung derselben mußte unsonsther entfallen, als eine namhafte Gehaltsaufbesserung, besonders für die höhergestellten Beamten nach Maßgabe benachbarter Städte genehmigt wurde. Vor allem sei an die Kinderbeihilfe erinnert. Während die der Beamten für Kinder bis zu 21 Jahren in zum Teil hoher Höhe der Stadtverordnetenversammlung in Vorschlag gebracht und von derselben bewilligt worden waren, konnte man sich nicht entschließen, für die Arbeitstendenr Beihilfen in Höhe von ca. 1. für Kinder unter 14 Jahren pro Kopf und Arbeitstag zu genehmigen. Zum Teil sprach man sich sogar gegen jede Kinderbeihilfe aus mit dem von recht zweifelhafter Fairplay geleiteten Bemerkte, daß die langjährig in Diensten der Stadt stehenden Arbeiter mit kinderreicher Familie nicht mehr weiter beschäftigt werden würden. Unseres Erachtens nach ein ziemlich ferngeleitender Standpunkt der betreffenden Stadtwäter. Solcherlei und andere unzumutlich müßerbrückbare Gegenständlichkeiten führten zu Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Ratibors. Auch hier hatten sich die Magistratsvertreter vor weiterer Jugendhindernisse der Arbeitervertreter immer noch nicht entschließen können, den so wichtig für begründet erachteten Ansprüchen unserer Kommunalarbeiter nachzukommen. Der Schiedsspruch, der nach mehrmonatiger Verhandlungen vom hiesigen Schlichtungsausschuß gefaßt wurde, wurde während der ge-

gebenen 14tägigen Frist seitens des Magistrats nicht anerkannt. Die Arbeitnehmerorganisationen erklärten sich mit demselben einverstanden und waren gezwungen, den Demobilmachungskommissar zwecks Rechtsverbindlichkeitserklärung anzurufen. Hatte schon der Ratiborer Schlichtungsausschuß die festgesetzten Löhne sichhaltig zu begründen gewußt, den dringendsten Bedürfnissen unserer Kommunalarbeiter in etwa Rechnung gemacht, so war von vornherein anzunehmen, daß der Demobilmachungskommissar sich der Notlage der Ratiborer Arbeiter nicht verschließen werde. Er sprach die Rechtsverbindlichkeitserklärung in einem am 3. Oktober uns zugegangenen Schreiben wie folgt aus:

Oeffeln, den . . . September 1920

Der Regierungspräsident.  
J. Nr. L. G. XV. 2491.  
Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Ratibor vom 27. 7. 1920 in der Streitigkeit der Kommunalarbeiter der Stadt Ratibor gegen den Magistrat Ratibor wegen Abschluß eines Tarifvertrages wird für verbindlich erklärt.

J. B.  
Unterschrift.

Damit gelten neben den im Manteltarif enthaltenen Bestimmungen für unsere Kommunalarbeiter folgende Sätze:

1. Arbeiter . . . . . 4,20 M
2. Metzger, Zimmerleute, Tischler und Schloffer werden nach Tarif bezahlt.
3. Maschinenwärter . . . . . 3,75 M
4. Oberster Gärtnergehülfen . . . . . 3,50 M
5. Straßenbauarbeiter, Kanalisations- und Gebäudereiher . . . . . 3,50 - 4,00 M
6. Stadthof-, Brauereihaus- u. Bromnadenarbeiter . . . . . 3,00 M
7. Kollaboratorinnen . . . . . 1,60 M
8. Reinigungs- u. Anstrichungsarbeiter, Straßentehrer . . . . . 2,50 M

Kochknecht und Arbeiter, die in der Lohnliste nicht genannt sind, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter 17 Jahren, Verlobte, Kranke, Waisen, Haushälter, Wärfen, Köchinnen, Köchinnen, Köchinnen u. andere werden nach besonderer Vereinbarung entlohnt.

Verheirateten Arbeitern und Witwen ist in jeden Kalenderjahr, an dem sie arbeiten, eine Zulage von 50 Pf für jedes Kind unter 4 Jahren zu zahlen.

Unzureichende Arbeit war nötig, um in diese Richtung zu gelangen. Jedem Geschäftigen ist es wohl eine Beängstigung sein zu müssen, daß die Kommunalarbeitern, die noch bis in die jüngste Zeit hinein für Hungerlöhne im wahren Sinne des Wortes arbeiteten, mancher Jähers höchstzulässig Recht zugesprochen wurde. Von demjenigen aber, die sich mit ihrer übermenschlichen Arbeit gegen diese so notwendige Verbesserung der Lebenslage unserer Kommunalarbeiter wehrten, kann man wohl erwarten, daß ihnen dieser Streik eine Lehre für Abhilfe, etwa später eintretende Fälle bleibe, auf daß wir eine gewisse Flucht der Arbeiter aus den nächt. Betrieben, wie sie sich schon schon bedenklich bemerkbar machte, nicht mehr zu befürchten hätten. Jeder Arbeiter ist sein Lohnes Wert, nicht zuletzt dann auch der Ratiborer Kommunalarbeiter.

### Lohnbewegung der städtischen Arbeiter von Voppor.

Auf Antrag unseres Verbandes hat die Stadtverordneten-Versammlung vom 24. v. Mts. beschlossen, den städtischen Arbeitern mit Wirkung vom 1. August folgende Löhne zu zahlen:

Gruppe 1 Gasarbeiter und Arbeiter des Wasserwerks	1,50 M pro Tag
Gruppe 2 Waldarbeiter	1,20 M
Gruppe 3 Hofarbeiter	1,00 M

Anßerdem erhalten die Feuerarbeiter des Gaswerks für pro Kubikmeter erzeugtes Gas 1 Pf. Wenn die Löhne noch nicht den Stand erreicht haben, den man als auskömmlich bezeichnen kann.

um ist dieses zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß die Kollegen es vor dem Kriege nicht hergeben haben, durch den Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation ihre Verhältnisse früher zu verbessern. Wenn man berücksichtigt, daß auch nach dem Kriege bei 12stündiger Arbeitszeit noch ein Lohn von 1.50 bis 2.00 M. gezahlt wurde, so erscheinen immerhin obige Lohnsätze doch in einem anderen Lichte.

Was uns wollen wir auch noch hinweisen. Ganz falsch ist es von der Stadterhaltung, bei den Forderungen die Arbeiterschaft immer wieder auf die Not der Rentner hinzuweisen. Wir kennen durchaus nicht, daß sich gerade die Kleinrentner nun Pensionäre ebenfalls durch den geringen Geldwert in einer großen Notlage befinden. Aber man muß uns nicht zu, nur für die Rentner auch das zu wissen. In der gegenwärtigen Welt ist kein Platz für Nichtstuer und wer von seinen Jäten nicht leben kann, der kann sich arbeiten, wie wir Arbeiter es auch tun. Vielleicht bekommen dann diese Herren ein mehr Verdienst für die Arbeiterbeholdung.

### Volkswirtschaftliches und Soziales.

**Reichssteuerabzug.** Bei Einführung des neuen Einkommensteuergesetzes hatte der Reichsfinanzminister für eine gewisse Übergangszeit verfügt, daß beim Steuerabzug gewisse Durchschnittssätze, nämlich 20 M. bei Ledigen und 30 M. pro Monat bei Verheirateten festzusetzen konnten. Diese für Ledige und Verheiratete mit ein oder zwei Kinder günstige Ermäßigung ist mit dem 1. Oktober aufgehoben worden. Freier treten die Bestimmungen des Gesetzes vollständig in Kraft. Nachstehend lassen wir die Bestimmungen, zusammenfassend dargestellt.

Bei den ständig beschäftigten Arbeitnehmern beträgt dem Steuerabzug der Teil des Arbeitslohns, der bei der Berechnung nach Tagen 10 M., nach Wochen 30 M., nach Monaten 100 M. übersteigt. Der abzugsfreie Betrag beträgt sich bei Arbeitnehmern, die Haushaltungsangehörige sind, für die Ehefrau und jedes anderjährige Kind bei täglicher Lohnzahlung um 1.50 M., bei wöchentlich um 10 M., monatlicher um 30 M. Als ständig beschäftigt gelten die Arbeitnehmer, die durch das Arbeitsverhältnis hauptsächlich in Anspruch genommen werden, und deren Beschäftigung unter sonstigen Umständen auf die Dauer von mindestens einer Woche berechnet ist. Bei den nicht ständig beschäftigten Arbeitnehmern unterliegt das gesamte Arbeitseinkommen dem Steuerabzug. Nur dann bleibt ein Teil des Arbeitslohns vom Steuerabzug frei, wenn der nicht ständig beschäftigte Arbeitnehmer bei der Lohnzahlung dem Arbeitgeber eine Bescheinigung des Finanzamtes vorlegt, in der die Höhe des zugewiesenen Teils des Arbeitslohnes festgelegt ist. Die Finanzämter stellen eine solche Bescheinigung auf Antrag des Arbeitnehmers aus. Ist ständig wie bei nicht ständig beschäftigten Arbeitnehmern wird ein Steuerabzug von dem dem Arbeitseinkommen nicht vorgenommen, wenn für Mehrarbeit über die im Betrieb regelmäßige Arbeitszeit hinaus bezahlt wird. Als regelmäßige Arbeitszeit gilt die Arbeitswoche zu 40 Arbeitsstunden monatlich zu 25, das Arbeitsjahr zu 130 Arbeitstagen.

Der Steuerabzug selbst beträgt: a) bei den nicht ständig beschäftigten Arbeitnehmern stets 5 % des dem Abzug unterliegenden Betrages, bei den ständig beschäftigten Arbeitnehmern, bei der dem Abzug unterliegende Betrag 10 M. nicht übersteigt, 10 v. H., soweit er über 10 M. übersteigt, von den ersten 1000 M.

10 v. H., von den folgenden 15000 M. 15 v. H., und bei höherem Arbeitseinkommen: von 30000 bis 50000 M. vom Gesamtbetrag 20 v. H., von 50000 bis 100000 M. vom Gesamtbetrag 25 v. H. usw.

**Die wirtschaftliche Lage Deutschlands.** Auf dem ersten Kongress der Betriebsräte, einberufen von den Genossen, hielt der ehemalige Wirtschaftsminister Wiffel ein Referat, welches einen durch harte Tatsachen von allen utopistischen Zielen befreiten Gesinnung verrat, so daß es auch wert ist, von unseren Kollegen beachtet zu werden. Er betonte einleitend, daß er kein parteipolitisches Referat halten wolle. Er stehe hier nicht als Vertreter der Partei, sondern sei beauftragt, tatsächliche Dinge zu schildern.

Er ging dann auf die augenblickliche Lage unserer Ernährung und die verschiedenen Umstände ein, die die Krise in der Volksernährung hervorgerufen haben. Infolge des Friedensvertrages seien die landwirtschaftlichen Uberschußgebiete des Ostens, in denen ein Drittel der deutschen Roggen- und Weizenanteile wuchs, verlorengegangen. Der uns gebliebene Boden sei durch den Raubbau und durch den Mangel an Düngemitteln in seiner Ertragskraft stark gemindert.

Wiffel suchte dann darzulegen, wie hoffnungslos die finanzielle Lage Deutschlands sei und welcher übermenschlichen Anstrengungen es bedürfe, um so viel Waren zu schaffen für die Ausfuhr, daß wir wenigstens die notwendige Einfuhr zahlen könnten. Vor allem braucht die Textil- und Eisenindustrie Rohmaterialien aus dem Auslande. Im Frieden hat Deutschland 56 Millionen Tonnen Eisenerz verbraucht, von denen 10 Millionen Tonnen aus dem Auslande, aus Schweden, Spanien usw. kamen. Von den restlichen 46 Millionen Tonnen Eisenerz bezogen wir 28 Millionen Tonnen aus dem Elb- und aus Luxemburg. Diese Gebiete sind aber heute für uns Ausland. Von den oben genannten Ländern Eisenerz erzeugten wir im Frieden 19 1/2 Millionen Tonnen Eisen. Wir können außerordentlich zufrieden sein, wenn es uns im kommenden Jahr gelingt, die Eisenproduktion um 30 Prozent zu steigern. Wenn wir wenigstens 12 1/2 Millionen Tonnen Eisenerz aus dem Auslande beziehen können, so vermögen wir den meisten Teil unserer Friedensproduktion, etwa 22 Millionen Tonnen Eisen zu gewinnen.

Wiffel schilderte dann die Abwanderung unseres Goldbestandes, der bei Ausbruch des Krieges noch 2 1/2 Milliarden Mark betrug, infolge der Lebensmittelaufkäufe des Jahres 1919. Heute betragen wir keinen Kredit im Auslande mehr. Wir haben 300 Milliarden Reichsschulden, außerdem die Verpflichtungen gegenüber dem Verband. Im Jahre 1918 führte Deutschland für elf Milliarden Mark Werte aus dem Auslande ein. Demgegenüber stand eine Ausfuhr von zehn Milliarden M. Hierzu kamen die Gewinne aus unserer Schifffahrt. Heute sind uns neunzig Prozent unserer Handelsflotte genommen. Bei der allgemeinen Steigerung der Preise müßten wir heute für 22 Milliarden Goldmark einführen, in Papiergeld umgerechnet, bedeutet das eine Einfuhr von 200 Milliarden Mark ähnelnd. In Deutschland wird noch lange Jahre hindurch Schmalhaus Küchenmesser sein müssen.

Wiffel ging dann weiter auf die Wirtschaftspolitik während und nach dem Kriege ein. Die Verringerung der Einfuhr hat eine Kauffe und eine Fülle unnützer Waren gebracht und gleichzeitig zu einem weiteren Sinken der deutschen Mark beigetragen. Die Wirtschaft ist zu einem Spielplatz eines unchristlichen Spekulantentums geworden. Wer gibt es noch viele Betriebsräte, die in das Spiel des Unternehmertums haken. Mit diesem

ewigen Gegenstandes in der Wirtschaft geht es nicht mehr weiter. Die augenblickliche Krise ist letzten Endes in einer Unterproduktion begründet.

Unsere heutige Wirtschaft ist nicht instand, die Probleme, die uns der verlorenen Krieg auferlegt hat, zu lösen. Sie wird niemals die Not der Massen mildern können, sondern das Elend nur noch vermehren. Unsere Betriebsräte erwacht die Aufgabe, auf eine möglichst sparsame Wirtschaft hinzuwirken. Diese Sparsamkeit kann durch eine gezielte Verwendung einheimischer Rohstoffe erzielt werden, durch eine rationelle Wärmewirtschaft, durch zeitgemäße Organisation der Betriebe zur Erzielung des höchsten Wirkungsgrades, durch die Typisierung und Normierung sowie durch die planmäßige Nachausbildung der Arbeiter. Nur wenn wir der Zukunft in ihrer furchtbaren Wirklichkeit ins Gesicht schauen, können wir uns den Weg freihalten und die Dinge objektiv betrachten. Und dann schaffen wir die Grundlage, auf der die Betriebsräte ihrer hohen Aufgabe gerecht werden können, die sie in unserem Wirtschaftsleben erfüllen sollen.

**Die Versorgung mit Winterkartoffeln** scheint in diesem Jahre besondere Schwierigkeiten zu machen. Einer schiebt die Schuld dem andern zu. Dabei muß zugegeben werden, daß an der Misere alle Schuld tragen: Landwirtschaft, Handel und auch Verbraucher. Ein Teil der Landwirtschaft nutzt die Konjunktur aus und verlangt Preise, die für Rinderbrennstoffe unerschwinglich sind. Erhalten sie die Preise nicht, dann geben sie keine Kartoffeln heraus und glauben dadurch ihr Ziel zu erreichen. Der Handel möchte gerne völlige Freiheit und er verlangt deshalb Aufhebung der Preisobergrenze, um dann wahrscheinlich erst recht Preise fordern zu können, die man bei völlig freiem Handel gewöhnt ist. Und die Verbraucher verschärfen die Situation durch Ankaufsläufe, zum Teil sogar durch Willkürerungen auf dem Lande und durch Zurückhaltung bereits verfrachteter Waggons. Obwohl die Zeit der Winterkartoffelversorgung erst begonnen hat, sucht fast jeder schon jeder für den ganzen Winter einzudecken. Das ist natürlich unmöglich und weil nicht jeder die gewünschte Menge Kartoffeln erhält, legen die Ankaufsläufe ein. Der Preis wird überboten und dadurch erst das erreicht, was man verhindern möchte. Aufklärung ist deshalb notwendig. Die Konsumenten müssen bedenken, daß die Eindeckung für den Winter sowohl in Friedenszeiten wie auch im Kriege erst bis in den Dezember hinein gebauert hat. Es ist selbstverständlich, daß 45 Millionen Versorgungsberechtigte nicht Anfang oder Mitte Oktober ihren Wintervorrat im Keller haben können.

Der Handel sollte sich gelagert sein lassen, daß die jetzige Zeit nicht dazu angetan ist, übermäßige Gewinne zu erzielen, hinausgehen auf das Land und die Preise zu überbieten, in dem Gedanken, daß die hungernden Städte im Winter schließlich das Doppelte dafür zahlen müssen. Aber auch unsere Landwirtschaft sollte Verunsicherung annehmen; mit dem Zurückfallen der Kartoffeln und der Preiserhöhung verbittern sie die bereits hungernden Massen soweit, daß sich Dinge ereignen, wie wir sie bereits in den letzten Tagen in verschiedenen Gegenden erleben konnten. Landwirte haben zugegeben, daß bei einem Preise von 20.- M. pro Zentner noch ein Gewinn erzielt wird. Es haben sich bereits eine ganze Anzahl Landwirte bereit erklärt, Kartoffeln zum Preise von 15.-20 M. zu liefern. In den letzten Tagen kam es zwischen Vertretern der Landwirtschaft, der Konsumenten, des Handels und der Kommunalverwaltungen zu bestimmten Vereinbarungen. Danach soll der Zentner Kartoffeln nicht mehr als 25.- M. kosten, möglichst soll unter diesen Preis gegangen werden. Auch der Handel hat zugestimmt, sich mit einem kleineren Gewinn zufrieden zu geben. Wenn die Vertreter der betreffenden Organisationen es durchsetzen, daß diese Vereinbarungen von der Gesamtheit der Landwirte und des Handels gehalten werden, dann dürfte es doch gelingen, Schlimmeres zu verhindern und die Großstadtbevölkerung noch vor dem Winter mit Kartoffeln zu angemessenen Preisen zu versorgen.

